



REGERINGSKANSLIET

Ministerium des Auswärtigen

Presse- und Informationsreferat

(Nicht offizielle Übersetzung)

Regierungserklärung, abgegeben vom schwedischen
Ministerpräsidenten Göran Persson am 16. September 2003 vor
dem schwedischen Reichstag

Eure Majestäten,
Eure Königlichen Hoheiten,
Herr Präsident,
Mitglieder des schwedischen Reichstags!

Vor fünf Tagen erschütterte der Mord an Außenministerin Anna Lindh ganz
Schweden.

Vor zwei Tagen wurde das Referendum über den Euro durchgeführt.

Heute versammeln sich die gewählten Vertreter des schwedischen Volkes zu
einem neuen Arbeitsjahr hier im schwedischen Reichstag.

Jetzt ist es unsere gemeinsame Verantwortung die Nation zu sammeln und
eine Politik im Interesse des ganzen Volkes zu gestalten.

Das Ergebnis des Referendums war eindeutig.

Die Unterstützung der Währungsunion ist beim schwedischen Volk gering.

Das Ergebnis des Referendums muss selbstverständlich respektiert werden. Schweden wird nicht voll an der europäischen Währungszusammenarbeit teilnehmen. Der Beschluss wird auf absehbare Zeit gelten. Die Parteien des Reichstags haben es so beurteilt, dass die Frage in der jetzigen oder der kommenden Legislaturperiode nicht aktualisiert werden wird.

Hingegen wird Schweden weiterhin an den beiden ersten Schritten der Euro-Zusammenarbeit teilnehmen.

Die Konvergenzkriterien und der Stabilitätspakt haben der schwedischen Wirtschaft gut gedient. Sie werden wegweisend sein für die Politik der Regierung für gesunde öffentliche Finanzen. Die Ziele für die Wirtschaftspolitik liegen fest. Ausgabenlimit und Überschussziel sollen eingehalten werden.

Den Konsequenzen, die Schwedens Nein zum Euro mit sich führen, soll mit einer offensiven Politik begegnet werden – sowohl hier im Lande als auch international.

Dem Risiko einer zukünftigen Unruhe auf dem Zins- und Währungsmarkt und einer schwächeren wirtschaftlichen Entwicklung in Schweden soll mit kraftvollen Maßnahmen begegnet werden, die die schwedischen Unternehmen, den Handel und das Wachstum stärken.

Das Risiko verringerter Möglichkeiten die Europazusammenarbeit zu beeinflussen bedeutet nicht, dass Schweden seine Ambitionen senkt. Im Gegenteil soll Schweden ein noch aktiveres EU-Land und ein konstruktiver Zusammenarbeitspartner sein.

Die Politik wird nunmehr darauf ausgerichtet, in breitest möglichem Zusammenwirken Schweden so gut wie möglich zu rüsten für die Ausgrenzung, die das Ergebnis des Referendums mit sich führt.

Herr Präsident,

Die Wohlfahrt steht vor bedeutenden Herausforderungen, vor allem angesichts einer immer älter werdenden Bevölkerung. Um eine starke Wohlfahrt in der Zukunft zu sichern müssen mehr Menschen am Erwerbsleben teilnehmen, und das Wachstum muss steigen.

Weiterhin müssen die Kluft überbrückt werden, die am Zusammenhalt in Schweden zehren. Die Kluft wachsen vor allem zwischen Regionen in Schweden. Aber sie wachsen auch zwischen Einwohnern verschiedenen Ursprungs, zwischen denen mit fester Verankerung auf dem Arbeitsmarkt und denen, die Schwierigkeiten haben eine Arbeit zu finden, zwischen Männern und Frauen. Es besteht die Gefahr dass sie demokratische Probleme verursachen und das Wachstum hindern.

Wachstum kommt nicht von selbst. Der Grund dafür sind gesunde öffentliche Finanzen und eine gut ausgebildete Bevölkerung. Das Wachstum wird von Steuern, Bedingungen und Regeln beeinflusst. Es wird davon beeinflusst, wie offen die Gesellschaft gegenüber der Umwelt ist. Aber letztendlich wird Wachstum durch den Zukunftsglauben der Menschen, durch innovative Unternehmer, in sozialem Zusammenhalt und durch die Arbeitslust vieler und durch den Willen zu Entwicklung und zum Sprengen neuer Grenzen geschaffen.

Wachstum erwächst aus Zusammenspiel – zwischen sich sicher fühlenden Menschen und einer Offenheit gegenüber dem Neuen, zwischen einem starken öffentlichen Sektor und gezielten Investitionen in der Wirtschaft,

zwischen dem gemeinsamen Verantwortungsgefühl und der Möglichkeit der Menschen zu Selbstverwirklichung.

Die Währungszusammenarbeit würde Handel und Unternehmertum gefördert haben. Sie hätte uns bessere Voraussetzungen für Wachstum und Wohlfahrt gegeben. Nun muss eine starke Entwicklung mit anderen Mitteln geschaffen werden.

Ein Programm für ein wettbewerbsfähiges und attraktives Schweden mit Zukunftsausrichtung in gutem Zusammenhalt muss verwirklicht werden.

Die politischen Parteien, die Tarifpartner und andere zentrale Organisationen tragen gemeinsam die Verantwortung dass dies geschehen kann. Die Regierung lädt deshalb hiermit ein zu breitem Zusammenwirken, um Schweden weiter zu entwickeln.

1. Schwedens Wettbewerbsfähigkeit soll wahrgenommen werden.

Mehrere der wichtigsten Konkurrenten Schwedens wie Finnland und Deutschland werden durch die gemeinsame Währung weiterhin verwoben. Um die schwedische Wettbewerbsfähigkeit wahrzunehmen müssen wichtige Steuern wie Kapitalbesteuerung und Unternehmenssteuern überprüft werden. Wenn diese wesentlich von denen der Euro-Länder in unserem Nahbereich abweichen, können sie zu einer Gefahr für Wachstum und Wohlfahrt in Schweden werden. Das sollte als ein Glied in eine langfristige Strategie im Steuerbereich aufgenommen werden, gut verankert bei den Reichstagsparteien und den Tarifpartnern.

2. Schweden soll in Zusammenhalt weiter entwickelt werden

Niemand gewinnt durch regionale Ungleichheit. Schweden muss ein Ausgleichssystem haben, dass Ungleichheiten zwischen Kommunen und

Provinziallandtagen verringert, so dass alle Regionen Voraussetzungen für Wachstum haben. Ein verbessertes Ausgleichssystem zwischen Kommunen und Provinziallandtagen muss präsentiert werden. Die Wohlfahrt muss in Kommunen und Provinziallandtagen mit großer Abwanderung und rückläufigem Steueraufkommen geschützt werden. Vor allem Kommunen in dünnbesiedelten Gebieten mit verbleibenden Problemen mit Wohnungsüberschuss muss erhöhte Unterstützung und Entlastung durch eine besondere staatliche Gesellschaft gewährt werden.

Grenzüberschreitender Austausch und grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Regionen und Kommunen in Europa wachsen und sollen ermuntert werden. Schwedens Landwirte müssen unter Bedingungen konkurrieren können, die denen im übrigen Europa gleichwertig sind.

3. Die Infrastruktur soll Schweden verknüpfen – mit Regionen und Nachbarländern

Im Frühjahr soll dem Reichstag eine Vorlage unterbreitet werden mit einem kraftvollen Plan für schwedische Infrastruktur. Einige für das Wachstum entscheidende Investitionen werden präsentiert werden. Die Durchfahrt durch Stockholm hindert die Effektivität des Eisenbahnverkehrs im ganzen südlichen Schweden. Deshalb soll die Citybahn gebaut werden. Die Verkehrssituation in Westschweden muss verbessert werden. Alternative Finanzierungsformen werden geprüft um die Arbeit mit diesem Teil des Straßennetzes voranzutreiben. Verbesserte Kreditgarantien sollen die Kapitalversorgung beim Wohnungsbau erleichtern. Um alle Teile des Landes zu verbinden wird die Unterstützung von Kommunen, die am Ausbau von Breitband arbeiten, verbessert. Bereits im kommenden Jahr werden weitere 250 Millionen Kronen zugeführt. Der Breitbandausbau kann damit mit voller Kraft fortgesetzt werden.

4. Ein menschlicheres Erwerbsleben und Maßnahmen gegen den Krankenstand

Alle müssen helfen die Abwesenheit wegen Krankheit zu verringern. Diese bedeutet schlechtere Wachstumsmöglichkeiten, aber vor allem Verlust der Lebensqualität für viele Personen. Der Vorschlag der Regierung, Teilkrankschreibung vorrangig zu behandeln, hat dazu geführt dass der Anteil Vollzeitkranker sich verringert hat. Ein besonderer Anstellungsschutz für Langzeitkranke wird eingeführt, um ihre Rehabilitierung zu erleichtern. Die Regierung wird zum Jahreswechsel die Möglichkeit zu finanzieller Koordinierung zwischen Krankenkasse, Provinzialarbeitsamt, Kommune und Provinziallandtag einführen, um die Rehabilitierung für diejenigen zu verbessern, die kombinierte Einsätze brauchen. Ein System um die wirtschaftliche Triebkraft der Arbeitgeber zu verstärken die Abwesenheit wegen Krankheit zu verringern wird im Jahre 2004 eingeführt. Der Karenztag soll gerecht und effizient zur Anwendung gelangen. Die Regierung wird im Herbst die Frage mit den Tarifpartnern diskutieren.

5. Die Beschäftigung von Jugendlichen und Zuwanderern soll angehoben werden

Die Arbeitsmarktpolitik muss auf arbeitsplatzvermittelnde und personenangepasste Maßnahmen für diejenigen, die besondere Schwierigkeiten haben eine Arbeit zu finden, ausgerichtet werden. Die Langzeitarbeitslosigkeit bei Jugendlichen muss aufhören. Maßnahmen werden präsentiert um die Jugendarbeitslosigkeit in einem Jahr zu halbieren. Die Beschäftigung von Personen die im Ausland geboren sind muss auch steigen. Der Staat soll ein Vorbild als Arbeitgeber sein. Der Empfang neu angekommener Zuwanderer und deren Unterstützung bei ihrer Etablierung in der Gesellschaft wird reformiert mit Ausrichtung auf ein schnelleres Eintreten in den Arbeitsmarkt. Schwedischunterricht, berufsorientiertes Praktikum, Bewertung ihrer Qualifikation und andere Einsätze müssen parallel durchgeführt werden können. Die Verantwortung des Zentralamtes

für Arbeit und anderer Behörden wird verdeutlicht. Eine Bewertungsdelegation wird gebildet und erhält 60 Millionen Kronen während vier Jahren, um das tatsächliche Können und die tatsächliche Qualifikation der Menschen besser bewerten und nutzen zu können. Der Unterricht in Schwedisch für Zuwanderer wird reformiert.

6. Schweden soll eine führende Forschungsation sein

Die Examination in der Forscherausbildung soll verdoppelt werden. Deshalb wird die Grundlagenforschung verstärkt und der Ausbau der Forscherausbildung fortgesetzt. Der Anteil forschungsbezogene Unternehmen soll erhöht werden. Ein besonderer Einsatz soll der angewandten Industrieforschung im IT-Sektor gewidmet werden. Das Ariane-Programm wird gestützt, indem die Finanzierung für eine fortgesetzte schwedische Teilnahme in diesem für die schwedische Hochtechnologie wichtige Raumprogramm sichergestellt wird. Der Schritt zwischen Forschungserfolgen und kommerziell gangbaren Produkten muss verkürzt werden.

7. Die Bedingungen für Unternehmertum werden verbessert

Der Industriefonds wird weiter entwickelt um den Zugang zu Risikokapital in einem frühen Stadium zu erhöhen. Mehr Regeln werden vereinfacht. Die Sachbearbeitungszeiten bei Firmenregistrierung werden verkürzt. Die regionalen Einsätze für Unternehmensentwicklung werden effizienter und übersichtlicher gestaltet. Die Steuern für Kleinunternehmer werden mit insgesamt einer Milliarde Kronen gesenkt durch Erleichterungen der sog. 3:12 Regeln. Im Laufe des Herbstes wird ein Vorschlag vorgelegt zur Erleichterung des Generationenwechsels in Kleinunternehmen. Genossenschaften erhalten verbesserte Absetzungsrechte für Dividende. Jährliche Diskussionen mit der Lebensmittelindustrie werden eingeleitet um Entwicklung und Exportpläne zu stimulieren. Die Arbeit an der Erneuerung des Regelwerks für finanzielle Unternehmen wird in hohem Takt fortgesetzt.

8. Neue Wachstumsmöglichkeiten im Ostseeraum sollen ausgenutzt werden

Mit der Erweiterung der EU werden unsere nächsten Nachbarländer im Ostseeraum Mitglieder des Binnenmarkts. Das erhöht kräftig die Möglichkeit für mehr Handel, Investitionen und Wachstum auch für Schweden. Um die Position der schwedischen Wirtschaft und die Möglichkeit, Handel in der Region zu betreiben, zu stärken wird ein besonderes Ostseezentrum gebildet. Die Handelsvertretung wird auch in der ganzen Region ausgebaut und verstärkt. Ein offensiver Einsatz für Unterstützung und Beratung von Unternehmen mit Interesse und Potenzial für Handel mit den Ostseeländern wird vorgenommen. Die Kontakte über die Ostsee sollen auch in anderen Bereichen zunehmen, wie bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität und der Umweltzusammenarbeit. Die nordisch-baltische Zusammenarbeit in EU-Fragen soll weiterhin vertieft und eine neue Russlandstrategie ausgearbeitet werden.

9. Moderne Technik soll eine umweltbezogen nachhaltige Entwicklung vorantreiben

Die Umweltprüfung für Unternehmen wird beschleunigt und vereinfacht, und zwar so dass die Umwelt nicht leidet. Schweden wird die Klimapolitik aktiv vorantreiben. Anstrengungen für Klimainvestitionen in den Kommunen gehen vorwärts. Die Windkraft soll ausgebaut werden. Die Energieeffizienz soll durch energiesparende Technik erhöht werden. Schweden will einen kraftvollen diesbezüglichen Aktionsplan in der EU sehen. Die Steuern sollen weiterhin genutzt werden hin zu einer nachhaltigen Entwicklung. Anstrengungen werden benötigt für eine reinere Ostsee. Um Ablassen von Öl zu verhindern werden erhöhte Ressourcen zur Verschärfung und Entwicklung der Überwachung eingesetzt. Der Kampf gegen gefährliche Chemikalien setzt fort. Eine internationale Konferenz über Ausbildung für

eine nachhaltige Entwicklung wird auf schwedische Initiative im Frühjahr in Göteborg stattfinden.

10. Der Export soll steigen und die Internationalisierung genutzt werden

Die Vorteile einer Internationalisierung müssen Unternehmen im ganzen Land zuteil werden. Ein neues Aktiengesellschaftsgesetz wird vorgeschlagen, das den Unternehmen größere Möglichkeiten gibt die neuen Formen für Finanzierung auszunutzen, die eine Folge der Internationalisierung sind. Stärkere Bande zwischen Forschung, Technikentwicklung, Kommerzialisierung und Internationalisierung der schwedischen Umwelttechnik werden geschaffen. Ein Zentrum für umweltgetriebene Wirtschaftsentwicklung und Umwelttechnikexport wird errichtet. Die Exportverkäuferausbildung des schwedischen Außenwirtschaftstrates wird erweitert. Ein Zentrum für Methodenentwicklung wird gebildet, um hindernder Handelsbürokratie entgegenzuwirken. Ein neues Forum sollte etabliert werden für regelmäßigen Austausch mit der Wirtschaft in Fragen der europäischen Agenda.

Herr Präsident!

Im nächsten Frühjahr werden zehn neue Mitglieder in die EU aufgenommen, und der historische Schritt hin zu einem geeinten Europa wird vollzogen. Mit neuen Mitgliedern, einem neuen Vertrag, einem größeren Binnenmarkt und einer gemeinsamen Währung wird ein zukünftiges Europa in Wohlstand, Demokratie und Frieden geformt.

Schweden ist ein kleines, auf Export ausgerichtetes Land, das stark von seiner Umwelt abhängig ist. Ganz gleich, wo wir in Schweden wohnen und leben, sind zukünftiges Wachstum und zukünftiger Wohlstand in unserem Land im

wesentlichen von der europäischen Entwicklung abhängig. Diese Zusammenhänge deutlich darzustellen und die Bedeutung der EU für Schweden aufzuweisen, ist eine Aufgabe für viele.

Schweden soll eine aktive und konstruktive Rolle in der EU-Zusammenarbeit spielen, weil es unsere Verantwortung ist, und weil es gut ist für unser Land. Davon ausgehend wird die Regierung ihre EU-Politik gestalten.

Die EU hat sich in die von Schweden angestrebte Union für Beschäftigung verwandelt. Im Rahmen der Lissabonner Strategie wurden ehrgeizige Ziele aufgestellt. Gute Ergebnisse wurden erreicht. Ziel ist die Anhebung des Beschäftigungsgrads auf 67 Prozent bereits im Jahr 2005. Die Strategie sollte nun weiter entwickelt werden.

Als Vorreiter für die Gleichstellung in der EU fühlt sich Schweden besonders verantwortlich. Die Regierung beabsichtigt eine Integration der Gleichstellungsaspekte in sämtlichen politischen Bereichen der EU. Mit mehr Mitgliedstaaten steigen sowohl der Bedarf als auch die Möglichkeiten für eine durchgreifende Umweltpolitik auf EU-Ebene. Schweden wird sich weiterhin für höhere Anforderungen diesbezüglich einsetzen.

Schweden ist bekannt für seine Offenheit und unsere Glaubwürdigkeit ist hoch, wenn wir für mehr Transparenz in der EU eintreten. Der Öffentlichkeit muss häufiger Zugang zu allgemeinen Dokumenten gewährt werden. Dieses Anliegen Schwedens stieß im Konvent über die Zukunft der EU auch auf Unterstützung.

Am 4. Oktober wird die Regierungskonferenz über die Zukunft der EU eröffnet. Dem Reichstag wird in Kürze ein Dokument zum Konvent vorgelegt werden. Die Regierung strebt eine breite politische Einigkeit bei der Ausformung des zukünftigen Verfassungsvertrags an. Während des Verhandlungsprozesses wird eine enge Abstimmung mit dem Reichstag erfolgen.

Der Entwurf über die vom Konvent vorgeschlagene Machtverteilung innerhalb der Institutionen der EU ist im großen und ganzen gut. Einstimmigkeit sollte auch in Zukunft gelten für Beschlüsse, die Steuern, Verteidigungspolitik sowie große Bereiche der Außenpolitik betreffen. Schweden wird sich für eine offene und demokratische Union einsetzen, die geprägt ist von einer Kombination aus gemeinsamer Beschlussfassung und freiwilliger zwischenstaatlicher Zusammenarbeit.

Herr Präsident,
Mitglieder des schwedischen Reichstags!

Sie repräsentieren eine der wichtigsten Errungenschaften unseres Landes – unsere Demokratie.

Sie besitzen das beste, was ein Mensch erhalten kann – das Vertrauen anderer, einen Vertrauensauftrag.

Ich möchte den früheren Minister und Abgeordneten des Reichstags, Svante Lundkvist, zitieren. In seinem Gedichtband "Aufzeichnungen" ist folgendes Zitat anlässlich einer 1982 gehaltenen Aussprache im Konsultationsverfahren zu finden:

"Politik,
dieser Ausdruck der Erwartungen von Menschen,
deren widersprüchliche Interessen,
deren Sorge und Unruhe vor der Zukunft.

Politiker,
von manch einem verachtete Wesen,
emsig wie Bienen arbeitend,

mit kleinen und großen Anliegen
in einer Gemeinschaft von Menschen.

Prüft sie auf Herz und Nieren,
doch verneint nicht die Rolle,
die ihnen in Eurem Auftrag zuteil wird."

Die Regierung will Initiativen zur Stärkung der Macht des Volkes und der repräsentativen Demokratie in Schweden ergreifen.

Mehr Menschen sollten die Gelegenheit erhalten, während einer Phase ihres Lebens mit einem politischen Auftrag betraut zu werden. Deshalb müssen die Voraussetzungen für die gewählten Vertreter überprüft werden.

Ein Vertrauensauftrag muss vereinbar sein mit dem Berufs- und Familienleben, und mit Integrität und Sicherheit. Denn sonst wird die Schar derjenigen, die bereit sind, als gewählte Vertreter Verantwortung zu übernehmen – und die Freude zu teilen – verschwindend gering.

Die Arbeit, die im Zusammenhang mit der Bedrohung von gewählten Vertretern eingeleitet wurde, soll von einer Arbeitsgruppe mit Repräsentanten von Kommunen, Volksbewegungen, Justiz und Medien weiter geführt werden.

Auch wenn politische Parteien, Vereine und Volksbewegungen einen Mitgliederschwund erfahren, nimmt das politische Engagement in der Gesellschaft zu. Dieses Engagement der Menschen nicht zu nutzen, wäre eine Vergeudung. Die Erfahrungen der Rentner stellen eine wichtige Ressource dar, ebenso die Perspektiven junger Menschen. Die Regierung wird eine Initiative zur Anhebung der finanziellen Beihilfen für Parteien ergreifen, um den Parteien die Schulung neuer Vertreter in politischen Jugendverbänden besser ermöglichen zu können.

Die Bestimmungen für die schwedische Demokratie – unsere Verfassung – werden bald dreißig Jahre alt. Während dieses Zeitraums hat die Gesellschaft einen erheblichen Wandel erfahren und die Demokratie musste sich neuen Herausforderungen stellen. Nun ist die Zeit für eine Überprüfung der Spielregeln der Demokratie gekommen. Die Parteien des Reichstags werden deshalb zu Beratungen über eine durchgreifende Überprüfung der Verfassung eingeladen.

Ein parlamentarischer Ausschuss zur Überprüfung von Strukturen und Aufgabenverteilung in der Gesellschaftsorganisation hat seine Arbeit aufgenommen. Der Ausschuss soll die für die Beziehungen zwischen Staat, Provinziallandtagen und Kommunen wichtige Veränderungen in der Gesellschaft identifizieren und beleuchten, aber auch die Beziehungen zwischen Regierung und Verwaltungsbehörden. Der Ausschuss hat zur Aufgabe, konkrete Vorschläge für Veränderungen vorzulegen.

Die Bereitschaft der Regierung, die grundlegenden demokratischen Werte in der Gesellschaft zu stärken, hat unter anderem in der Arbeit mit der Lebenden Geschichte Ausdruck gefunden. Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit fordern unseren unermüdlichen Widerstand.

Im Januar 2004 wird unter dem Thema Prävention von Völkermord die vierte und letzte der von der Regierung anberaumten internationalen Konferenzen mit dem Holocaust als Ausgangspunkt abgehalten.

Mit der neuen Behörde Forum für Lebende Geschichte ist ein Forum für die Arbeit mit Demokratie, Toleranz und Menschenrechte, ausgehend vom Holocaust, auf nationaler und internationaler Ebene geschaffen worden.

* * *

Schweden ist zu klein für große Konflikte. Es bedarf eines neuen Konsens, um Schweden zu modernisieren und sicherer zu gestalten.

Schweden soll das Land der vielen Möglichkeiten sein – nicht der großen Gegensätze in der Gesellschaft.

Ein Schweden, das geeint für die Schaffung guter Voraussetzungen für unser Land eintritt, wächst stärker heran. Mit einem breiter verankerten Konsens in der Gesellschaft sind wir auch besser gerüstet und können den Anliegen aller Rechnung tragen.

Die von den Sozialdemokraten bei den Wahlen im vergangenen Jahr gemachten Versprechen und das von Regierung, Linkspartei und den Grünen ausgearbeitete 121-Punkte-Programm sollen in der Legislaturperiode umgesetzt werden.

Älteren Mitbürgern soll mit Respekt und Fürsorge begegnet werden. Mit immer mehr älteren Mitbürgern müssen Finanzierung, Personaldichte und Qualität in der Altenfürsorge gesichert werden. Deshalb wird zwischen Regierung, Provinziallandtagsverband und Gemeindeverband eine Zusammenarbeit aufgenommen.

Kinder stehen an erster Stelle. Alle Kinder haben das Recht, in einer von Wissen und Sicherheit geprägten Umgebung aufzuwachsen. Alle Schulen sollen gute Schulen sein. 2005 werden Maßnahmen für die Einstellung weiterer 6 000 Vorschullehrer und Kinderpfleger eingeleitet. Die Maßnahmen zur Qualitätsanhebung und Plätze für weitere 15 000 Erwachsene an Schulen werden fortgesetzt. Die Bekämpfung der finanziellen Benachteiligung von Kindern wird eingeleitet. Die Zusammenarbeit mit der Sportbewegung für schwedische Kinder und Jugendliche wird fortgesetzt.

Mit den finanziellen Vorhaben im Gesundheitswesen wird fortgesetzt. Zum Jahreswechsel wird das Grundniveau der Elternversicherung auf 180 Kronen

angehoben. Ein neuer und breiterer Anhang zum Thema Gleichstellung wird dem diesjährigen Haushalt beigelegt. Das europäische Jahr des behinderten Menschen richtet den Schwerpunkt auf den Zugang von Behinderten und die Bekämpfung der Diskriminierung.

Die Sozialpolitik wird strenger gefasst. In der Suchtbehandlung werden Maßnahmen zum Tragen kommen. Mehr Süchtigen wird Krankenpflege zuteil, die Wartezeiten bei der Entgiftung werden verkürzt, die Nachbetreuung wird verbessert. Die Durchführung des alkoholpolitischen Aktionsplans setzt fort und die Werbung für alkoholische Getränke wird weiter eingeschränkt. Ein nationaler Aktionsplan für die soziale Kinder- und Jugendbetreuung wird vorbereitet.

Alle Menschen sollen sich auf Straßen und Plätzen sicher fühlen.

Menschen, die psychiatrischer Hilfe bedürfen, sollen diese erhalten. Die Psychiatrie soll ausgebaut werden. Die Regierung wird einen Koordinator für die psychiatrische Betreuung einsetzen, der fortlaufend Vorschläge zur Form der Psychiatrie und Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Provinziallandtagen und Behörden unterbreiten wird.

Das Rechtswesen erhält zusätzliche Ressourcen. Die Anzahl der Polizisten wird weiter angehoben. Strengere Gesetze bei Sexualverbrechen werden vorgeschlagen. Die Rückfallquote bei Kriminellen muss zurückgehen. Der Strafvollzug wird weiter ausgebaut, die Strafmaßnahmen werden modernisiert.

In unserem Land benötigen wir nun eine Zeit der Sammlung angesichts der neuen Herausforderungen.

Schweden ist ein bedeutendes Land – für uns, die wir hier leben und für die Menschen in der Welt.

Wir sollen auf unser Land stolz sein, es aber gleichzeitig festigen.

Wir sollen auf uns selbst stolz sein, doch einander gleichzeitig stützen.
Wir sollen uns gemeinsam mit anderen weiter entwickeln.

Herr Präsident!

Am 12. Februar dieses Jahres legte Außenministerin Anna Lindh die außenpolitische Erklärung der Regierung vor. Es sollte ihre letzte werden. Sie sagte:

"Sicherheit in der heutigen Welt muss global und gemeinsam geschaffen werden und Freiheit und Geborgenheit für alle bedeuten/.../Sicherheit setzt Menschenrechte, Völkerrecht und Demokratie voraus."

In diesem Geiste soll die Außenpolitik weiter geführt werden. Ausgehend von unserer militärischen Bündnisfreiheit leisten wir einen aktiven Beitrag zur gemeinsamen Sicherheit in unserem Nahbereich, in der EU und in der UNO.

Der Kampf für die Abrüstung wird kraftvoll fortgeführt. Die Kernwaffenstaaten müssen ihrer Verantwortung nachkommen. Die Frage der atomaren Waffen in Nordkorea muss eine Lösung finden. Eine internationale Kommission über Massenvernichtungswaffen wird unter Führung von Hans Blix ihre Arbeit aufnehmen.

Eine neue Entwicklungspolitik vereint die schwedischen Maßnahmen für eine gerechte und nachhaltige globale Entwicklung. Die Entwicklungshilfe wird weiter angehoben. In dieser Legislaturperiode werden Beschlüsse zur Erreichung des Ein-Prozent-Ziels gefasst. Maßnahmen gegen HIV/Aids werden verstärkt. Die Drogenbekämpfung wird prioritiert. Eine besser aufeinander abgestimmte Asyl- und Migrationspolitik in der EU, ausgehend von Humanität und Solidarität, Asylrecht und internationalen Übereinkommen, wird gefördert.

Die Länder der Welt haben sich gemeinsam zur Halbierung der Armut in der Welt bis zum Jahre 2015 verpflichtet. Die Handelshemmnisse der reichen Länder, auch für Agrarprodukte, müssen abgebaut werden. Nach den bei den WTO-Verhandlungen in Cancun vergangenes Wochenende erlittenen Rückschlägen müssen weitere Anstrengungen bei der Verhandlungsrunde unternommen werden mit dem Ziel, ein gerechtes und globales Wachstum und freien Handel zu schaffen.

Die Zusammenarbeit mit wichtigen Schwellenländern wie Brasilien, Südafrika und Indien wird verstärkt, gleichzeitig bleibt der Dialog mit den USA von zentraler Bedeutung.

Die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft im Umgang mit Konflikten und globalen Bedrohungen müssen unsere vollste Unterstützung erhalten. Im Nahen Osten muss der Gewaltspirale Einhalt geboten werden, ein palästinensischer Staat muss errichtet werden. Die Stabilität in Afghanistan muss gesichert werden, Wiederaufbau und Demokratisierung des Irak müssen vorangetrieben werden.

Wir dürfen niemals die Hoffnung auf einen Frieden, der möglich ist, aufgeben.

Wir dürfen niemals den Kampf für Demokratie und Menschenrechte aufgeben.

Ich möchte meine Rede enden mit dem Zitat eines weiteren führenden schwedischen Politikers, der auch zu früh aus unserer Mitte gerissen wurde, nämlich Olof Palme:

"Dies ist unsere Welt. Von ihr sind wir abhängig. Ihr gegenüber tragen wir Verantwortung."